



Informationsbrief Nr. 5: PPP-Irrweg-Kampagne

Aktuelles aus der Kampagne:

Zweites Treffen des Arbeitskreises „Irrweg Privatisierung“

Die Einladung von GEW und „PPP-Irrweg“-Kampagne, sich am 14. Januar 2010 in einem größeren Kreis zu treffen und mit einander auszutauschen, haben mehrere Vertreter_innen aus den diversen Antiprivatisierungsinitiativen in Berlin angenommen.

An dem Abend saßen in der Geschäftsstelle der GEW in Berlin an einem runden Tisch die PPP_Kritiker_innen von ver.di, Berliner Mietergemeinschaft, IG Bau, GEW, Jusos und PPP-Irrweg. Es wurden die Fragen nach Zielen und Strategie des Arbeitskreises besprochen sowie die wichtigsten Themen festgelegt, mit denen sich der Arbeitskreis in der nächsten Zeit beschäftigen will.

Die Teilnehmer_innen waren sich einig, dass aktuelle Themen den Schwerpunkt der Aktivitäten bilden sollen: Vorbereitungen zur S-Bahn-Privatisierung und damit verbundenes Chaos, Berliner Wasserbetriebe und das Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge mit Veolia und RWE, das im Frühjahr anfangen soll u.a.

Das erste Thema – Privatisierung der Berliner S-Bahn - wird im nächsten Treffen des Arbeitskreises ausführlicher angegangen. Die Kolleg_innen von ver.di sind eingeladen, über die Lage und den Stand der laufenden Verhandlungen zu informieren. Das Treffen soll dazu dienen, die nächsten solidarische Schritte bei der Unterstützung von ver.di im Kampf um die S-Bahn abzusprechen.

Das Treffen findet am 25. Februar 2010, um 19:00 Uhr in der GEW Geschäftsstelle in Berlin statt und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Dazu ergeht noch rechtzeitig eine gesonderte Einladung. Bis dahin steht als Kontaktperson zur Verfügung: klaus-peter.boertzler@gew-berlin.de

Aktionen gegen PPP:

Eisenach, 26. Januar 2010:

„Die seit Jahren fortschreitende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen muss endlich gestoppt und privatisierte Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden, so die Forderung von attac, Linke und „Eisenacher Aufbruch“ bei einer Aktion vor wenigen Tagen in Eisenach.

Am vergangenen Wochenende war die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses zu Gast in Eisenach. Im Rahmen einer Klausurtagung verständigte sich die Hauptstadt-SPD zu ihren Positionen zur künftigen Stadtentwicklung. Dabei geht es auch um die Zukunft der Berliner Wasserbetriebe. Diese wurden in Zeiten der großen Koalition zwischen CDU und SPD teilprivatisiert und dies mit verheerenden Folgen für die Verbraucher_innen. Auch auf Druck von Bürgerinitiativen, unterstützt von attac, gibt es zwischenzeitlich in Berlin eine Diskussion zur Abkehr von dieser Teilprivatisierung der Wasserbetriebe.

Die Aktion in Eisenach sollte auf diese laufenden Diskussionen in Berlin aufmerksam machen und die SPD auffordern, ihre Bedenken gegen die Rückführung der Wasserbetriebe in öffentliches Eigentum zurück zu stellen. Parallelen gibt es im Übrigen auch in Thüringen. Bei mehreren Zweck-

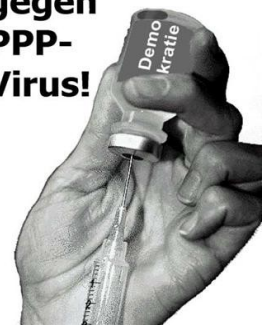


Aktion in Eisenach zur Klausurtagung von SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses



Aktion in Frankfurt/Main gegen PPP

**Impfung
gegen
PPP-
Virus!**



Motiv des Aktionsplakats – gegen den PPP - Virus hilft nur „Demokratie“.

Termine

Am 6./7. Februar 2010: 2. bundesweites Treffen der „PPP-Irrweg“-Kampagne, gemeinsam organisiert mit dem Antiprivatisierungsnetzwerk APRI in Braunschweig. Alle interessierte und aktive Mitstreiter_innen sind herzlich willkommen! Anmeldung unter Joachim.Kleppe@t-online oder rosenbaum@arcor.de.

verbänden der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind private Unternehmen als so genannte „Geschäftsbesorger“ tätig.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, bewertet dies als eine Vorstufe der Privatisierung. Auch aufgrund der Berliner Erfahrungen sprechen sich eine Vielzahl von Bürgerinitiativen, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen gegen die schleichende Privatisierung von öffentlichen Aufgaben in Thüringen aus.“

Bericht von „Eisenacher Aufbruch“, Eisenach, 26.1.2010

Am 10. Dezember 2009 hat Ver.di – München eine einstündige "Mahnwache" in der Fußgängerzone zum Thema Austrocknung kommunaler Finanzen veranstaltet. Attac München beteiligte sich daran mit den Themen PPP und Arbeitszeit fairteilen. Die gut besuchte Mahnwache bot die Gelegenheit für einen regen Austausch und informative Gespräche. Der PPP-Kritik aufgeschlossen zeigten sich auch die Anwesenden der Belegschaft des nahegelegenen "Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung", die darüber sauer sind, dass ihr Amt zum großen Teil nach Fürth umziehen soll, um dort einen gewissen Ausgleich für die durch die Quelle-Insolvenz verloren gegangenen Arbeitsplätze zu schaffen. Das Laufpublikum in der Fußgängerzone, mit Weihnachtseinkäufen beschäftigt, hat sich jedoch nur bedingt für die Themen interessiert.

Bericht von Attac München, 11.12.2009

Am 15.12.2009 fand in Frankfurt/Main eine Regionalkonferenz zu Public Private Partnership statt - mit ca. 120 Gästen, die zeitversetzt zu verschiedenen workshops kamen.

Attac Frankfurt und das Bündnis gegen Privatisierung haben mit einem Transparent morgens den PPP-Flyer verteilt und mittags unter Begleitung von Mitgliedern der Samba Band gegen PPP-Projekte protestiert. (Foto oben) So wurden unter anderem Kommunalpolitiker zur Impfung gegen den PPP - Virus aufgerufen.

„Die GEW Frankfurt unterstützt uns, konnte diesmal aber selbst nicht aktiv werden.“

Der hessische Hörfunk informierte sich telefonisch über die Aktion und ihre Ziele, das hessische Fernsehen brachte einen kurzen Ausschnitt dreimal in verschiedenen Nachrichten - siehe PPP - Protest vor IHK.

Bericht von Attac Frankfurt/Main, 16.12.2009

„PPP-Irrweg“ - Aktion im Berliner Behördenspiegel

Über unsere Aktion in Berlin am 19.11. 2009 – siehe Informationsbrief Nr. 4 – findet sich in der Dezember-Ausgabe des "Berliner Behörden Spiegels", nach eigenen Worten "Deutschlands größte unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst", auf Seite 33 der folgende Bericht:

Falsche Verallgemeinerungen

(BS/dy) Berliner Aktivisten von Attac wurden überrascht, als sie vor der Jahresversammlung des Bundesverbandes PPP demonstrierten: Man lud sie ein, mit zwei Vertretern sowie Fragerecht an der Versammlung teilzunehmen. Doch sie konnten die Einladung nicht annehmen: "Wir haben nicht frei, wir müssen arbeiten gehen."

Natürlich war der Verband nicht bereit, seine Versammlung "sprengen" zu lassen. Aber das war auch nicht die Absicht der Demonstranten. Man kam überein, bei anderer Gelegenheit "auf Augenhöhe" zusammenzufinden und Argumente auszutauschen. Vor dem Ernst Reuter Haus in

Das nächste **Treffen des Arbeitskreises „Irrweg-Privatisierung“** findet am **25. Februar 2010** in der Geschäftsstelle der GEW in Berlin statt. Zu dem Termin werden alle Antiprivatisierungsinitiativen eingeladen, die auf Berliner Ebene aktiv sind. Die Organisator_innen bitten um Anmeldung unter info@ppp-irrweg.de

Mehr zu den Terminen unter: <http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/termine/>

PPP-Irrweg im Netz

Informationsbrief abonieren: https://listen.jpberlin.de/mailman/listinfo/ppp_infobrief

PPP-Mailingliste abonieren: <https://listen.jpberlin.de/mailman/listinfo/ppp>

Mit uns **Kontakt** aufnehmen: info@ppp-irrweg.de oder

<http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/kontakt/>

Unser **Blog im Taz**: <http://bewegung.taz.de/aktionen/ppp-irrweg>

PPP-Irrweg MitstreiterInnen

Diesmal stellen wir unseren Mitstreiter Frank Kuschel vor:

„Ich bin 48 Jahre und vom Beruf Verwaltungsbertriebswirt (VWA). Bis 2004 war ich Fachberater für Kommunal- und Verwaltungsrecht. Seit 2004 bin ich für die Partei DIE LINKE im Thüringer Landtag und dort für den Bereich "Kommunalpolitik" zuständig. Zudem bin ich Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.

Mit dem Problemen von PPP-Projekten beschäftige ich mich bereits seit rund zehn Jahren. PPP-Projekte sind die unmittelbare Folge der kommunalen Finanzkrise und

Berlin hatten die PPP-Gegner eine überlebensgroße Wolfspuppe im Nadelstreifenanzug ("im Schafspelz") aufgestellt, der die eintreffenden Versammlungsteilnehmer fragte, ob sie ihm eine Kommune "verhöckern" könnten. Er erhielt dafür eine PPP.

Feindbildinteresse

Die Versammlungsteilnehmer hatten offen über ihre Antwort auf die Demonstranten diskutiert und sich mehrheitlich auf eine kommunikative Vorgehensweise geeinigt. "Organisatorisch wird ein Treffen auf Augenhöhe möglich sein", kommentierte ein Teilnehmer jedoch skeptisch, "inhaltlich aber wohl kaum". Dafür sei die Kritik der PPP-Skeptiker zu schlicht geschnitzt. Sie reduziere sich zum Großteil auf kabarettistisch anmutende Schlagworte wie "Geheimtreffen", "Geheimverträge" oder "an der Öffentlichkeit vorbei garantierte Gewinne", die auf funktionierende Öffentlich Private Partnerschaften alles andere als zuträfen.

"Transparenz ist ein Wesenselement einer PPP im Interesse beider Seiten", wurde Attac entgegengehalten, eine tiefergehende Auseinandersetzung aber nicht als machbar angesehen: "Warum sollen wir mit denjenigen diskutieren, die wollen, dass wir gar nicht da sind? Für die grundsätzlichen Gegner von PPP sind wir nur als Feindbild interessant." Ein anderer Diskussionssteilnehmer: "Von den Kritikern werden nur Beispiele herangezogen, die gar keine PPP sind, etwa das American Leasing, oder es wird auf Fehlentscheidungen hingewiesen, wie sie nirgendwo zu vermeiden sind, um dann zu verkünden: "Sehet her, das ist PPP. Hütet Euch davor!" Verallgemeinerungen werden vorgenommen, ohne dafür die Grundlagen aufzuzeigen."

URL : <http://www.behoerden-spiegel.de>

PPP – Lobbyisten

Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH (RSBK)

Die „Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH (RSBK)“ wurde 2004 gegründet, ein schnell wachsendes Unternehmen mit dem Hauptstandort in Frankfurt am Main und mit Büros, Kooperationspartnern und Beteiligungen in Peking, Shanghai und Dubai. Das Hauptgeschäftsfeld des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Ex-Verteidigungsministers liegt auf dem Gebiet von Public Private Partnership. In Sachen Privatisierung wurde Scharping bereits in seinen politischen Ämtern aktiv. Parteiübergreifende Verbindungen gehören zu seiner Strategie. Öffentlich wurde sein Zusammenwirken mit Rainer Brüderle von der FDP, mit dem CSU-OB a.D. Deimer aus Landshut und dem Sozialdemokraten Rolf Böhme, OB a.D. aus Freiburg sowie Lehmann-Grube, OB a.D. aus Leipzig durch die "Werkstattgespräche für kommunale Entscheider". Gegenwärtig sitzt Wolfgang Clement im Beirat der RSBK.

Der Behörden Spiegel kooperiert mit der RSBK und bietet monatlich deren „PPP-Kompakt“ auf ihrer Internetseite und in Papierform an. Gemeinsam organisieren sie auch „Führungskräfte-Foren PPP“, die letzte am 18.11.09 im Kurhaus Wiesbaden: „Die Veranstaltung, die Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und insbesondere den Kommunen zusammenführte, hatte zum Ziel, Vorbehalte gegenüber PPPs aus dem Weg zu räumen, Best Practice-Beispiele vorzustellen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.“(Selbstbeschreibung RSBK)

Rudolf Scharping ist auch Mitglied im "Frankfurter Zukunftsrat", ein elitärer Kreis von Unternehmern, Bankern, Politikern und Wissenschaftlern. Deren formulierter Anspruch lautet: „Der FRANKFURTER ZUKUNFTSRAT hat Deutschland, aber auch Europa und die Welt im Blick.“

<http://www.rsbk.de>

<http://www.frankfurter-zukunftsrat.de>

<http://www.behoerden-spiegel.de>

Ausfluss der neoliberalen Grundausrichtung unserer Gesellschaft. Bei PPP-Projekten liegen alle Risiken bei den Kommunen, während die privaten Investoren überdurchschnittliche Profitraten realisieren. PPP-Projekte sind zudem ein direkter Angriff auf die demokratischen Strukturen, weil eine demokratische Steuerung und Kontrolle ausgeschlossen ist. Deshalb sage ich Nein zu derartigen Projekten. Der Bund und die Länder sind gefordert, für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Dafür streite ich.“

Weitere Informationen auf www.frankkuschel.de



Im Editorial schreibt Rudolf Scharping, Geschäftsführer der Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH (RSBK).

„Mit PPP-Kompakt starten Behörden Spiegel und RSBK GmbH eine Kooperation zu einem Thema von wachsender Bedeutung. Im Mittelpunkt steht die Erfahrung der Beteiligten (öffentliche Ebene und private Unternehmen); die Debatte über Vor- und Nachteile, kamerale Betrachtung durch eher kaufmännische zu ersetzen; die Frage nach wirtschaftlicher Erbringung öffentlicher Leistungen aus der Perspektive des Lebenszyklus; das Verständnis von Partnerschaft als Kombination der jeweils besten Fähigkeiten der Beteiligten.

PPP ist weder "Stein der Weisen" noch Teufelswerk – öffentlich- private Partnerschaften werden nur ein Erfolg, wenn zielbewusst und ergebnisorientiert behandelt wird. Das ist dringend.

PPP-Kompakt [...] versteht sich – wie der Behörden Spiegel insgesamt – als konstruktiv-kritischer Begleiter, als Plattform für Erfahrungen und Ideen.“

URL: <http://www.rsbk.de/de/default.html>

Behörden-Spiegel und PPP-Kompakt:

<http://www.behoerden-spiegel.de/Internet/nav/763/76310068-1671-1111-be59-264f59a5fb42.htm>

Und auf der Seite der Deutschen Bauindustrie:

<http://www.ppp-plattform.de/index.php?page=282>

PPP-Alltag:

ÖPP-Partnerschaften Deutschland meldet am 18.12.2009:

„Im Rahmen der Grundlagenarbeit untersucht die PD (Partnerschaften Deutschland AG) bisherige Beschaffungsvarianten für öffentliche Straßenbeleuchtungsprojekte.

Hier wie sonst geht es um Neueinrichtung, Sanierung und Betrieb im „Lebenszyklus“. Die Kosten werden „anreizorientiert“ berechnet.“

URL: <http://www.partnerschaften-deutschland.de/grundlagenarbeit/oepp-beleuchtungsprojekte/>

und am 08.01.2010:

Trotz – nicht wegen? – der schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte sind 2009 wiederum 27 neue ÖPP-Projekte mit 1,194 Mill. Euro beschlossen worden und teilweise schon in der Umsetzung.

URL: http://www.partnerschaften-deutschland.de/uploads/media/091028_%C3%96PP_in_Deutschland_Bericht_1-3Quartal

Die nächsten Termine der „ÖPP Deutschland AG“ finden Sie unter:
<http://www.partnerschaften-deutschland.de/presse-termine/vortraege-und-veranstaltungen/naechste-termine/>

PPPresseschau:

DVZ.de: **Ramsauer und der Kampf um das liebe Geld** (von Timon Heinrici und Matthias Roeser)

„ <...> Alternative Finanzierungsinstrumente sind gefordert. „Ergänzend zur Finanzierung der Infrastruktur aus öffentlichen Haushalten eröffnen wir innovative Wege der Finanzierung durch Public Private Partnership (PPP).“ So ist es im Koalitionsvertrag nachzulesen – übrigens nicht nur dem aktuellen, sondern schon dem des Jahres 2005. Vier Jahre später heißt es wenig fantasievoll: „Wir werden Modelle für die Beteiligung Privater im Rahmen von ÖPP-Projekten voranbringen.“

Doch das Spekulieren auf private Investoren ist gewagt. Der Ausstieg von Hochtief aus einem Autobahn-PPP 2009 zeigt die Anfälligkeit des Vorhabens. Die wiederholt geäußerten Bedenken des Bundesrechnungshofes, dass Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert werden, dürfte wiederum die Akzeptanz im Bundestag nicht steigern.“

Mehr unter:

<http://www.dvz.de/nc/content/news/politik/einzelseite/datum/2010/01/26/uid14110-ramsauer-und-der-kampf-um-das-liebe-geld.htmlf>

junge welt: **Wuppertal schließt, was zu schließen geht. Klamme Kommune setzt auf brutalstmöglichen Sozialkahltschlag. Bürger wehren sich** (von Tobias Niemann)

„»Es geht ans Eingemachte«, sagte Wuppertals Stadtdirektor und Kämmerer Johannes Slawig (CDU) und legte einen 130seitigen »Sparplan« vor. Er nennt ihn Haushaltssicherungskonzept (HSK). Damit keine Missverständnisse aufkommen, fügte er hinzu: »Das ist erst der Anfang, es wird noch weitere Verschlechterungen geben.«“

Mehr unter: <http://www.jungewelt.de/2010/01-22/053.php>

junge welt: **Klamme Kommunen. Durch aktuelle Finanzkrise droht Städten und Gemeinden der Kollaps. Deutsches Institut für Urbanistik warnt vor sozialer Spaltung der Gesellschaft.** (von Christian Linde)

„Daß die Polarisierung insbesondere in benachteiligten Stadtteilen dadurch zunehmen wird, davor warnen Sozialwissenschaftler seit Jahren. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) spricht in einer jüngst veröffentlichten Studie von einer zunehmenden »Spaltung der Stadtgesellschaft« und fordert deshalb eine Stärkung der Kommunen. Äußerer Veränderungsdruck, interne Modernisierungsstrategien und Haushaltsengpässe hätten laut der Untersuchung zu einer nachhaltigen Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung geführt. Um diesen Entwicklungen wirksam begegnen zu können, sei nicht nur eine Stärkung der kommunalen Ebene erforderlich, sondern eine »Abkehr von der vorrangigen Wettbewerbs- und Angebotsorientierung zu einer verstärkten Berücksichtigung konkreter Bedarfe und sozialer Belange aller Stadtbewohner«.“

Mehr unter: <http://www.jungewelt.de/2009/12-29/034.php>

www.staettag.de: **Kommunen droht der Kollaps. Finanzmisere der Kommunen beispiellos - Saldo stürzt um über 10 Milliarden Euro ab - laufende Ausgaben auf Pump finanziert** (von APD-Korrespondent Gerhard Kneier)

„Die deutschen Kommunen können sich nach Einschätzung des Deutschen Städtetags ohne Hilfe von Bund und Ländern nicht aus ihrer gewaltigen finanziellen Schieflage befreien. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur DAPD nannte Hauptgeschäftsführer Stephan Articus die Haushaltsmisere der Städte «beispiellos in der Nachkriegsgeschichte». Massiv sinkende Einnahmen auf der einen und ständig steigende Sozialausgaben auf der anderen Seite drohten viele Kommunen handlungsunfähig zu machen. Als Konsequenz forderte Articus eine Senkung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder.“

Mehr unter:

<http://www.staettag.de/10/presseecke/presdienst/artikel/2009/12/27/00667/index.html>

Berliner Zeitung: **Wo der Staat gebraucht wird** (von Jakob Schlandt)

„Die Wirtschaftskrise hat anders als von vielen erwartet kaum dazu geführt, dass der Kapitalismus prinzipiell infrage gestellt wird. Doch folgenlos bleibt sie nicht: In der Regel lässt lässt sich das auf zwei Faktoren zurückführen. Erstens die Neigung zu Monopolen: Zum Beispiel wäre es irrsinnig, neben dem bestehenden ein zweites Schienennetz, eine zweite Wasserversorgung oder ein zweites Stromnetz aufzubauen. Wer diese besitzt, hat automatisch ein Monopol inne und damit die Möglichkeit, ungerechtfertigt hohe Preise zu verlangen, die allen anderen schaden. Das Problem stellt sich aber auch in abgeschwächter Form: Der Postvertrieb etwa ist kein echtes Monopol, aber es ist fragwürdig, wie sinnvoll es ist, wenn zuerst ein blauer Briefträger zwei Briefe ins Haus bringt, dann ein gelber fünf und schließlich ein roter zwei Päckchen abliefern.

Zweitens ist die Frage nach den Kosten für die Gesellschaft immens wichtig. Es mag zum Beispiel sein, dass die Bahn isoliert betrachtet nach einem Börsengang besser wäre, also profitabler. Werden deshalb Strecken eingestellt und die Taktung ausgedünnt, verursacht das aber hohe Kosten für den Rest der Gesellschaft. Wenn ein Ingenieur eine Stelle, zu der er passen würde, nicht antritt, weil das Pendeln zu lange dauert, entsteht für die Volkswirtschaft ein Schaden, der nie in der Bilanz der Deutschen Bahn AG auftaucht.

Kurzum: Drohen Monopole oder ist eine sinnvolle Infrastruktur in Gefahr, tut der Staat gut daran, sich einzumischen. Bleibt zu hoffen, dass Brüderles Einstellung zum Energiesektor in der Regierung Schule macht. Im Gesundheitsbereich zum Beispiel hat die FDP das Marktmantra noch lange nicht aufgegeben.“

Mehr unter: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0102/wirtschaft/0042/index.html>

Weitere Texte und Informationen unter www.ppp-irrweg.de

Hinweis: Sie erhielten diese Email über den Verteiler von "PPP-Irrweg". Möchten Sie in Zukunft keinen PPP-Irrweg-Newsletter mehr erhalten, schreiben Sie bitte eine kurze Nachricht an info@ppp-irrweg.de